

# Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.  
Vierteljährlicher Abonnementspreis 0,75 M.;  
bei freier Bestellung durch den Briefträger  
ins Haus 18 Pf. mehr.  
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben  
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände  
vom  
**Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine**  
(Christl.-Duischer).  
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile:  
Geschäftsanz. 25 Pf., Familienanz. 15 Pf.  
Vereinsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.  
Redaktion und Expedition:  
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223.  
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 85.

Berlin, Sonntag 22. Oktober 1910

Sechszwanzigster Jahrgang.

## Inhalts-Verzeichnis:

Christliche Gewerkschaften — katholische Fachabteilungen. — Oesterreich und die deutsche Arbeiterbewegung Oesterreichs. — Die Streikbewegung in England im Jahre 1909. — Allgemeine Rundschau. — Verbands-Zeit. — Briefkasten. — Anzeigen.

## Christliche Gewerkschaften — katholische Fachabteilungen.

Die christlichen Gewerkschaften sind bekanntlich interkonfessionell, d. h. sie nehmen katholische und evangelische Mitglieder auf. Allerdings spielen die letzteren ihrer sehr geringen Zahl entsprechend auch nur eine untergeordnete Rolle. Die katholischen Fachabteilungen, Sitz Berlin, haben dagegen sich ihren streng konfessionellen, nämlich katholischen Charakter bewahrt. Zwischen beiden Richtungen tobt schon seit Jahren ein heftiger Kampf, der an Gehässigkeit nichts zu wünschen übrig und nur wenig von christlicher Liebe verspüren läßt. Verschiedene Versuche, diese Bruderkämpfe beizulegen oder ihnen doch wenigstens mildere Formen zu geben, sind vergeblich gewesen, und auch der bekannte Herr F r i e d r i c h s e r, der sich neuerdings in der Rolle des Friedensapostels gefällt, wird aller Wahrscheinlichkeit nach nicht allzu viel Glück haben.

Beide gewerkschaftliche Richtungen haben mächtige Förderer, aber auch mächtige Feinde. Daß der Papst den rein katholischen Fachabteilungen größere Sympathie zuwendet, ist natürlich. Aber auch in Deutschland selbst steht die katholische Geistlichkeit wohl zum überwiegenden Teile mehr auf Seiten der katholischen Fachabteilungen als der christlichen Gewerkschaften, was natürlich nicht hindert, daß dieselbe Geistlichkeit mit aller Energie auch die christlichen Gewerkschaften den anderen Organisationsrichtungen gegenüber zu fördern bemüht ist, da, wo die katholischen Fachabteilungen nicht in Betracht kommen. Den stärksten Rückhalt haben die Fachabteilungen, die man bekanntlich auch als die Berliner Richtung zu bezeichnen pflegt, in dem Kardinal-Erzbischof Dr. K o p p in Breslau. Dieser hohe geistliche Herr hat schon mehrfach seiner Vorliebe für die rein konfessionellen Gewerkschaften energischen Ausdruck verliehen, und dies ist stets geschehen mit einer gewissen Gegnerschaft zu den christlichen Gewerkschaften, die man auch die München-Gladbacher oder Kölner Richtung nennt. München-Gladbacher Richtung heißen sie, weil ihr Hauptförderer, der katholische Volksverein, in München-Gladbach seinen Sitz hat, Kölner Richtung, weil der soziale Flügel der Zentrumsparlei, der auf Seiten der christlichen Gewerkschaften steht, seine Hauptvertreter in Köln hat. Zu ihnen gehört auch der Kardinal-Erzbischof von Köln, Dr. F i s c h e r, der gegenwärtig warm mit den christlichen Gewerkschaften sympathisiert, obgleich er noch vor wenigen Jahren ebenso lebhaft gegen diese Gewerkschaftsrichtung aufgetreten ist.

Diese eigenartigen Verhältnisse sind jetzt von neuem in eine grelle Beleuchtung gerückt worden durch die Veröffentlichung eines Briefes, den der Fürstbischof Dr. K o p p an Fräulein v. S c h a l s c h a, die Vorsitzende des Verbandes erwerbstätiger katholischer Frauen und Mädchen, der ebenfalls den katholischen Fachabteilungen angeschlossen ist, geschrieben hat. Jener Brief enthält so heftige Angriffe gegen diejenige Richtung, die auf dem Boden der christlichen Gewerkschaften steht, wie sie bisher wohl noch nicht erhoben worden sind. Der Breslauer Kirchenfürst spricht darin von einer „Verfälschung des katholischen Bewußtseins“, von einer „Verwässerung des katholischen Bewußtseins“, und von einem „wahrhaft häretischen Fanatismus“, und alle diese Kraftausdrücke sind gerichtet gegen diejenigen,

welche die interkonfessionellen, d. h. die christlichen Gewerkschaften unterstützen.

Ob das Schreiben des Fürstbischofs Dr. K o p p für die Öffentlichkeit bestimmt war oder nicht, interessiert uns hier nicht. Auch daß es durch eine Indiscretion veröffentlicht worden ist, kann uns gleichgültig sein. Der Verdacht läßt sich jedenfalls nicht von der Hand weisen, und zahlreiche Momente sprechen sogar dafür, daß Führer der katholischen Fachabteilungen und Drahtzieher derselben die Veröffentlichung des Briefes in die Wege geleitet haben, um damit einen starken Trumpf gegen die christliche Gewerkschaftsbewegung auszuspielen. Die Erörterungen darüber werden in der Presse noch fortgesetzt, und manche interessante Enthüllung steht uns zweifellos noch bevor. Die „Mündener Post“ veröffentlicht sogar die Zuschrift eines katholischen Geistlichen, nach welcher ein wichtiger Schlag gegen die christlichen Gewerkschaften und die hinter ihnen stehenden Zentrumskreise geplant werde. Unter anderem soll von den christlichen Gewerkschaften verlangt werden, daß sie ihren interkonfessionellen Boden aufgeben und sich auf konfessionellen, d. h. katholischen Boden stellen. Wir hegen Zweifel an der Echtheit dieses Briefes, glauben aber gern, daß man der weiteren Interkonfessionalisierung der christlichen Gewerkschaften einen Damm entgegenzusetzen und verhindern möchte, die christlichen Gewerkschaften konfessionell auszugestalten. Zweifellos könnte dann auch die Zentrumsparlei noch leichter mit ihnen umspringen, als sie das auch heute schon vermag.

Wir haben kein Interesse daran, uns in diese Kämpfe einzumischen, die ihren Ursprung darin haben, daß man in die Arbeiterbewegung Momente hineingetragen hat, die darin nichts zu suchen haben. Wir registrieren alle diese Vorgänge lediglich als geschichtliche Dokumente der Arbeiterbewegung. Gewisse Gedanken allerdings vermögen wir dabei nicht los zu werden: Beide Richtungen, christliche Gewerkschaften sowohl wie katholische Fachabteilungen glauben das wahre Christentum allein für sich in Erbpacht genommen zu haben. Trotzdem vollzieht sich der Kampf zwischen beiden in einer nicht weniger als christlichen Form. Weiter: Wenn zwei Arten des Christentums hier vertreten werden, so kann doch nur eine die richtige sein. Welche mag dies wohl sein?

Wir werden uns als Berufsvereinigung, die sich die Lösung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterchaft zum Ziele gesetzt hat, den Kopf darüber nicht zerbrechen. Unsere Ueberzeugung ist, daß derartige Streitfragen überhaupt nicht in die Arbeiterbewegung gehören. Wenn man, ohne Sonderinteressen zu verfolgen, die Arbeiterchaft zusammenschließen will, um sie geistig und materiell zu heben, so muß man alles Trennende ausscheiden und die Organisation auf neutraler Grundlage aufbauen. Deshalb bedeuten jene Auseinandersetzungen zwischen den beiden Richtungen indirekt eine Anerkennung der Grundsätze der Deutschen Gewerksvereine, die allein die partei- und kirchenpolitische Neutralität zu wahren verstanden haben.

## □ Oesterreich und die deutsche Arbeiterbewegung Oesterreichs.

VIII (Schluß).

Den Schluß mögen einige Bemerkungen über die österreichische Sozialdemokratie bilden. Es schien eine Zeitlang so, als würde sie einen großen Teil Oesterreichs erobern. Ihre beste Zeit war der Kampf gegen den alten Privilegienparlamentarismus, damals, als sie stritt für das allgemeine Wahlrecht. Und sie eroberte denn auch

bei der ersten Wahl 1907 an 87 Mandate. Seitdem geht es ihr recht schlecht. Der Nationalitätenkampf wütet in ihren Reihen. Die Theorie ist international, aber die Praxis hat die Partei längst zu grundtätlichen Konzeptionen an den Nationalismus geführt. Es gibt keine wirklich österreichische, d. h. internationale Sozialdemokratie. Sondern nur eine deutsche, eine tschechische, eine polnische, eine slowenische usw. Partei, mit eigenen nationalen Parteitagungen. Die Abgeordneten dieser Parteien bilden in der Volkstammer des Reichsrats eine einheitliche internationale Fraktion, Klub, wie man jenseits des Erzgebirges sagt. Es ist aber gar nicht selten, daß die deutschen Sozialdemokraten des Reichsrats gegen die tschechischen usw. Genossen stimmen und umgekehrt. Im Statut ist neben den nationalen Parteitagungen auch ein alljährlich zu berufender internationaler Parteitag vorgesehen. Seit einer Reihe von Jahren hat ein solcher schon nicht mehr stattgefunden. Man fürchtet ihn einzuberufen, weil er einen klaffenden Riß in der Partei offenbaren würde.

Die „Genossen“ haben sich nun drüber eine Theorie zurechtgemacht, die etwa besagt: Die politische Partei muß national gegliedert sein, mit einer internationalen Reichsratsfraktion. Die einzelnen Landesparteien sollen weitestgehende Selbständigkeit haben. Die wirtschaftliche Organisation aber, die Gewerkschaft, muß völlig international sein. Auf diese Theorie pfeift nun seit einigen Jahren die tschechische Sozialdemokratie. Sie will besondere tschecho-slawische Gewerkschaften und hat solche bereits gegründet mit 40 000 Mitgliedern. Der Rückgang der internationalen Gewerkschaften, der oben schon zahlenmäßig nachgewiesen wurde, ist die Folge jener nationalen Streitigkeiten. Die Tschechen werfen ihren Genossen vor, die internationalen Gewerkschaften seien nur Germanisierungsanstalten. Der Führer der Tschechen, „Genosse“ Anton K e m e c, schrieb Ende August d. J. in der „Bravo Lidu“:

„Seine Zugehörigkeit zur großen Armee des Klassenbewußtseins und der sozialdemokratischen Internationalen verbundenen Proletariats soll der tschechische Arbeiter damit erkaufen, daß er sich aller Selbständigkeit und Mannhaftigkeit als Proletarier, als Sozialdemokrat und als Tscheche entledigt und sich auf Gnade und Ungnade den deutschen Genossen ergibt.“

Und was versprechen uns die Wiener Genossen für unsere bedingungslose Unterwerfung unter ihre Gebote; was lehrt uns die bisherige Praxis? In wirtschaftlicher Beziehung versprechen sie uns zwar auch, für die Lösung des Lebensniveaus der tschechischen Arbeiterchaft zu sorgen, aber nur dann, wenn sie es für gut halten, auf jeden Fall aber erst dann, bis die deutschen Arbeiter ihre Verhältnisse geregelt haben werden.

In politischer Beziehung verlangen sie, daß wir uns den politischen Bedürfnissen der Deutschen unterwerfen, daß wir, die Angehörigen einer politischen und kulturell unterdrückten Nation, die Politik der herrschenden, kulturell saturierten Nation machen sollen.

In kultureller Beziehung verlangen sie, daß wir den tschechischen Arbeiter ohne jeden Schutz seinem deutschen Ausbeuter preisgeben, der ihn für elenden Lohn außer seiner Arbeitskraft seine Nation und das Recht auf Erziehung seiner Kinder nimmt . . .

Mögen uns die deutschen Genossen zeigen, welche der Bestimmungen der Internationale vorzuschreiben, daß die Arbeiter einer Nation vollständig und durchaus von der Arbeiterchaft einer anderen Nation abhängig, ihr tributpflichtig und untergeordnet sein sollen? . . .

(„Vorwärts“, 25. 8. 1910.)

Man sieht, wie es im Laufe des Internationalismus auszuwachen. Das nationale Blut ist eben hier als das internationale Wasser. Und die Tschechen haben durchaus recht. Sie sollen sich getrennt freibleiblich-national organisieren wie die Deutschen. Bei Arbeitskämpfen werden sie vereint schlagen können und müssen.

Die deutschen Sozialdemokraten Oesterreichs haben ihre slavischen Genossen bei dem kürzlich stattgehabten internationalen Sozialistenkongress in Kopenhagen verflucht. Die Tschechen sind verdonnert worden. Aber damit wird der nationale Riß in der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbewegung Oesterreichs nur verhärtet. Wie gutes Beweismaterial die slavischen Sozialdemokraten gegen ihre Deutschen Genossen haben, zeigt folgendes: In den Jahren 1905-06 wurde in Oesterreich das allgemeine Wahlrecht eingeführt. Nach sozialdemokratischer Theorie soll dieses Wahlrecht gleich sein, d. h. jede Stimme soll gleich viel politisches Gewicht haben. Das Gesetz teilt aber nun die Wahlkreise wie folgt ein. Ein Reichstagsmandat entfällt bei den

Italienern	auf 38 000 Einwohner
Deutschen	" 40 000 "
Rumänen	" 46 000 "
Slovenen	" 50 000 "
Polen	" 52 000 "
Kroaten u. Tschechen	" 55 000 "
Ruthenen	" 102 000 "

Wer aber nun glaubt, dieses ungleiche gleiche Wahlrecht habe irgend ein Reaktionsär erfunden, ist sehr enttäuscht, zu hören, daß der Erfinder dieses Systems der Redakteur der sozialdemokratischen „Wiener Arbeiter-Zeitung“ ist, Herr Dr. Fritz Kusterlich, und sein Freund Bernerstorfer hat die Theorie dazu geschrieben, wenn er sagt:

„Die Gleichheit des Rechts der Wähler ist vonnöten, die Gleichheit des Wesens aller Wähler wäre der größte Rückschritt. Das ist nicht Wahlgerechtigkeit, das ist keine Kaufung, sondern vielmehr ein durch die Wählerverschiedenheit Oesterreichs erzwingenes Prinzip.“

(Zitiert bei Charvat S. 42.)

Tatsächlich hat die Sozialdemokratie dabei viel leicht richtig gehandelt; ihr Prinzip jedoch hat sie aufs schwerste verletzt. Man wundert sich bloß, warum die Berliner Radikalskizze noch nicht nach Wien marschiert sind und ihre dortigen Genossen vom Sessel geflüßt haben. Wer aber will es den Tschechen verdenken, wenn sie von solcher Brüderlichkeit nicht viel halten?

Daß auch den deutschen Sozialdemokraten Oesterreichs bei diesem Vordringen des Nationalismus nicht sehr wohl ist, läßt sich begreifen. Vorerst suchen sie, den Slaven ihren Internationalismus zu beweisen durch mühenbeschwichtigende deutsch-organisierte Arbeiter. Besonders der mehrfach zitierte Reichstagsabgeordnete Karl Renner setzt alle Wochen eine Schauerwärme in die Welt von Sekundarhütungen der deutschen Organisationen durch Unternehmer. Laßt ihn klaffen!

### Die Streikbewegung in England im Jahre 1909.

Das Jahr 1909 stand in England noch im Zeichen der allerdings sich merklich abschwächenden Wirtschaftskrisis der vorhergehenden Jahre. Die Lohnbewegungen der Arbeiterklasse hielten sich daher wenn auch nicht der Zahl, so doch dem Umfange nach in ziemlich niedrigen Grenzen. Besonders für Metall- und Textilindustrie, in denen noch im Vorjahre größere Kämpfe tobten, ist die niedrige Zahl der beteiligten Arbeiter bemerkenswert. Wenn trotzdem die Gesamtziffer für das Jahr 1909 mit 300 819 die höchste des letzten Jahrzehntes ist, so ist dies den Streikigkeiten zuzuschreiben, die im Bergbau aus Anlaß der Einführung des Achtstundentages entstanden. Nicht weniger als elf Zwölftel der an Streiks und Aussperrungen beteiligten Arbeiter entfielen auf die Mineralindustrie.

Industriezweig	Zahl der		
	Streiks	Arbeiter	verlorene Arbeitstage
Baugewerbe	15	1592	19360
Bergbau	207	272754	2229487
Metallindustrie	62	9724	179689
Textil	56	6786	177912
Bekleidung	29	2578	19473
Transport	19	4874	94697
Beschied. einchl. Gemeinde- ar. Arbeiter	48	2602	53368
	486	300819	2779886

Vorstehend die Zahl der Streiks und Aussperrungen im Jahre 1909 und der daran beteiligten Arbeiter, sowie der Dauer derselben, gerechnet in verlorenen Arbeitstagen. Es sei bemerkt, daß die amtliche Statistik nur solche Streikfälle auf-

zählt, die länger als einen Tag dauerten oder bei denen mehr als 10 Arbeiter beteiligt waren und die Streikdauer 100 verlorene Arbeitstage überstieg.

Im Jahre 1908 waren insgesamt 399 Streiks mit 295 507 beteiligten Arbeitern und 10 834 189 verlorenen Arbeitstagen zu verzeichnen. Werden von beiden Jahren die Ziffern für die Bergbauindustrie abgezogen, so ergibt sich folgendes Gesamtergebnis:

	Streiks	Arbeiter	Arbeitstage
1909	229	28065	544499
1908	254	208483	9482760

Die an Lohn- und Arbeitsstreitigkeiten beteiligten Arbeiter bilden nur einen kleinen Prozentsatz aller in den betreffenden Industrien Beschäftigten. Am höchsten ist der Anteil von jeder bei den Bergarbeitern gewesen, von denen in 1909 28,4 Prozent an Streiks und Aussperrungen beteiligt waren. Dann folgt die Metallindustrie (0,7 Prozent), Textil- (0,6 Prozent), Bekleidungsindustrien (0,4 Prozent), Baugewerbe (0,1 Prozent), übrige (0,2 Prozent). Selbstverständlich wechselt der Anteil in jedem Jahre. Der Jahresdurchschnitt für 1900-1909 betrug: Bergarbeiter 13,6 Prozent, Textilarbeiter 3,0 Prozent, Metallarbeiter 1,8 Prozent, Bekleidungsindustrien 9,7 Prozent, Baugewerbe 0,6 Prozent, übrige 0,3 Prozent. Die ungefähre Summe der jährlichen Arbeitszeit für alle Gewerbegebiete mit Ausnahme von Landwirtschaft und Seefischerei beträgt mehr als 3 Milliarden Arbeitstage. Der Ausfall durch Streiks und Aussperrungen in 1909 war mit 2 773 986 Tagen demnach kaum ein Tausendstel der Gesamtarbeitszeit, und auf den Kopf der arbeitenden Bevölkerung entfiel ungefähr ein Viertel-Tag; für den Kohlenbergbau betrug die Rate zwei Tage pro Kopf, in der Metallindustrie ein Viertel, Textilindustrie ein Siebentel und im Baugewerbe weniger als ein Fünfteltag pro Kopf.

Die Mehrzahl der Streikfälle war nur von kurzer Dauer. 182 oder 43 Prozent waren vor Ablauf der ersten Woche beendet, 74 Prozent dauerten weniger als 4 Wochen. Die Dauer der Streiks usw. im Metallgewerbe war die kürzeste seit der Aufnahme der amtlichen Statistik, für die Bekleidungsindustrie wies nur das Jahr 1904 günstigere Ziffern auf.

Unter den Ursachen der Streikfälle stehen Lohnfragen wie bisher an erster Stelle, soweit die Anzahl der Fälle in Frage kommt. Die Achtstundentag-Bewegung im Bergbau zog jedoch die größere Zahl von Arbeitern in Mitleidenschaft. Ausgesprochene Erfolge waren auf Seiten der Arbeiterschaft nur wenige zu verzeichnen. Die Zahl der Erfolge der Arbeitgeber war mehr als doppelt so groß als die der Arbeiter; auch die in einem Kompromiß auslaufenden Streikfälle überwiegen die für die Arbeiter erfolgreichen um 100 Prozent. Erfolgreich für die Arbeiter verliefen nämlich 79 Streiks mit 19 123 beteiligten Arbeitern, erfolgreich für die Unternehmer 199 Streiks mit 37 846 beteiligten Arbeitern. Durch Kompromisse erledigt wurden 153 Streiks, an denen 112 307 Arbeiter beteiligt waren. 5 Streiks, an denen 982 Arbeiter beteiligt waren, hatten bei Ablauf der Jahresstatistik ihr Ende noch nicht erreicht.

Die Mehrzahl der Streikfälle in allen Industriezweigen wurde durch direkte Verhandlungen zwischen den Parteien und deren Vertretern erledigt, die absolute Ziffer betrug 271 mit 75 794 beteiligten Arbeitern. Der Wirksamkeit der bestehenden Einigungs- und Schiedsgerichte ist die Beilegung von 62 Fällen zuzuschreiben, und zwar in 36 Fällen mit 59 945 Arbeitern durch Einigung und in 26 Fällen mit 18 925 Arbeitern durch Schiedsgericht. Ganz erheblich ist auch die Zahl der Streiks und Aussperrungen (51 mit 11 603 Arbeitern), bei denen die Arbeiter ohne jede Verhandlung zu den Bedingungen der Arbeitgeber die Arbeit wieder aufnehmen mußten. Das andere Extrem, daß die Arbeiter nach einem erfolgreichen Kampfe wieder eingestellt wurden, war 40 mal zu verzeichnen, und zwar bei einer Beteiligung von 1625 Arbeitern. In 7 Fällen mit 1384 Arbeitern führte der Ausstand zu einer Schließung des Werkes.

Die Praxis, eingetretene Differenzen vor einem Einigungsamte oder durch Schiedsrichter entscheiden zu lassen, hat im letzten Jahrzehnt immer mehr an Umfang gewonnen, und die Zahl der in 1909 so entschiedenen Streitfälle ist die höchste seit 1900. Am meisten entwickelt ist dieses „Conciliation and Arbitration“-System im Bergbau. Nächst an Zahl kommen dann das Baugewerbe, die Metallindustrie, die Textilindustrie, die Bekleidungsindustrie und das Transportwesen. In den übrigen Industrie-

gruppen ist die Zahl der so erledigten Streiks und Aussperrungen unbedeutend. Neben der Beilegung offener Kämpfe haben die Kempter für Einigung und Schiedsgericht auch eine erheblich umfangreiche Tätigkeit in der Verhütung von Ausständen und Aussperrungen entfaltet. Bei insgesamt 124 Kemptern wurden im Berichtsjahre 1907 Streitfälle verhandelt, von denen 1025 erledigt werden konnten. Auch hier steht der Bergbau obenan, gefolgt vom Eisenbahnen und der Schuh- und Stiefelindustrie. Während des Jahres wurden 12 neue Einigungsämter gebildet, während 2 aufgehört zu existieren. Außerdem wurde zwischen den Bauunternehmern und den Stoffateuren für das ganze Reich ein Übereinkommen getroffen, durch das lokale Einigungsämter und ein zentrales Komitee für Appellation geschaffen werden soll.

### Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 21. Oktober 1910.

**Gewerbegerichtswahlen in Berlin.** Die Ortsvereinsauschüsse von Berlin werden hiermit dringend ersucht, umgehend die im Mitgliederbestand seit dem 1. Oktober eingetretenen Adressenänderungen und auch die Namen und Adressen der seit Aufstellung der Gewerbegerichtswahllisten neu aufgenommenen Mitglieder dem Kollegen A. Wrede, Berlin NO. 55, Greifswalderstraße 221-23, mitzuteilen. Nur wenn jeder Ortsvereinsauschuß seinen Pflichten nachkommt, ist es möglich, alle Kollegen an die Wahlurne zu bringen und damit einen Erfolg zu erringen.

**Die Reichsversicherungsordnungs-Kommission** hat am Dienstag das 5. Buch des Regierungsentwurfes, das die Beziehungen der Versicherungsträger zueinander und zu den Gemeinden und Armenverbänden regeln will, beraten und am Mittwoch diese Beratung bereits zu Ende geführt. Jedem welche wesentlichen Änderungen an der Vorlage wurden nicht beschlossen. Es wurde sodann in die Beratung des 6. Buches eingetreten, das von dem Verfahren handelt. Die Beratung wurde eingeleitet durch eine allgemeine Besprechung, in der namentlich Bedenken erhoben wurden gegen die Bestimmungen über die Unfallversicherung. Von verschiedenen Seiten wurde verlangt, daß die im Entwurf vorgesehenen Versicherungsämter, die bei der Beratung des ersten Buches abgelehnt worden sind, unbedingt eingeführt werden müßten. Auch die geplante Beilegung des Reichsversicherungsamtes als Refursinstanz wurde von sehr vielen Rednern bemängelt. Die Vertreter der Reichsregierung beklagten sich über die starke Überlastung des Reichsversicherungsamtes, das keineswegs eine Einseitigkeit der Rechtsprechung genäherte. Um Stimmung zu machen für die Pläne der Regierung wurde angeregt, die Nichtbeachtung von Erkenntnissen des Reichsversicherungsamtes als Revisionsgrund anzusehen.

**Zur Reichsversicherungsordnung Stellung genommen** haben im Laufe der letzten Tage noch die Ortsverbände Danzig, Döbeln, Finsterwalde, Kiel, Königsberg i. Pr., München, Nürnberg, Ratibor, Roth b. Nürnberg, Schaumburg, Sorau, Sprottau-Culau und Wilhelmshaven. Gleichzeitig Protest erhoben gegen die Fleißsteuerung haben von diesen Ortsverbänden Danzig, Finsterwalde, Roth und Sprottau-Culau.

**Der deutsche Bergbau** ist in den letzten Wochen von zwei schweren Unfällen betroffen worden. Auf der Zeche Shamrock bei Serne i. W. ist vergangene Woche das Seil des Förderkorbes, so daß derselbe abstürzte und drei Bergleute getötet und neun schwer verletzt wurden. Noch schlimmer ist die Katastrophe, die sich im Kali-Bergwerk Siegfried bei Gießen i. Hannover zugetragen hat. Dabei sind sechzehn Bergleute durch eine Dynamitexplosion getötet worden und zwei ihrer Kameraden, die ihnen Hilfe bringen wollten, mußten schweren Verletzungen ebenfalls mit dem Tode büßen. Fast alle Verunglückten sind verheiratet.

Die gesamte deutsche Arbeiterschaft fühlt den tiefen Schmerz der von diesen schweren Katastrophen betroffenen Familien mit. Sie muß von neuem auch bei dieser Gelegenheit die Forderung aufstellen, daß zur Untersuchung der Betriebsverhältnisse in den Gruben frei gewählte Arbeitervertreter herangezogen werden, die auf Grund ihrer Sachkenntnis allein geeignet sind, für die Verhütung solcher Unglücksfälle Sorge zu tragen.

Die Werftarbeiterbewegung kann nunmehr als beendet gelten. Auf den Hamburger Werften ist bereits am Donnerstag allgemein die Arbeit wieder aufgenommen worden, so weit es die Betriebsverhältnisse gestatteten. Die Einstellung der übrigen Arbeiter erfolgt nach genauer Vereinbarung, und zwar so schnell, daß bis zum Ablauf der Woche alle Arbeiter wieder in ihre alte Stelle gebracht sind. Auch die mit der Hamburg-Amerika-Linie gepflogenen Verhandlungen sind zum Abschluß gelangt. Die Arbeiter, denen man kleine Lohn erhöhungen sowie Regelung der Affordlöhne und der Ueberarbeitszeit bewilligt hat, haben den Abmachungen bereits zugestimmt. Ebenso sind die Differenzen in den übrigen Werftorten beigelegt und überall die Arbeit wieder aufgenommen worden.

**Arbeiterbewegung.** Der Streik der Straßenbahner in Bremen dauert noch fort, da die Einigungsverhandlungen vor dem Gewerbegericht infolge der ablehnenden Haltung der Direktion ergebnislos verlaufen sind. Der Straßenbahnverkehr in Bremen ruht vollständig. Bedauerlicherweise ist es zu weiteren heftigen Zusammenstößen gekommen, so daß die Polizei sich zum Einschreiten genötigt gesehen hat. — Zu einer Tarifbewegung befinden sich in Worzhheim die Kettenmacher der Edelmetallindustrie. Da der Arbeitgeberverband die Wünsche der Arbeiter als unannehmbar zurückgewiesen hat, wurde über alle Kettengeschäfte die Sperre verhängt und beschloffen, jedwede Ueberstundenarbeit abzulehnen. — Die Elektromonteur und Hilfsarbeiter in Göttingen sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie wollen die gleichen Forderungen wie in Stuttgart und Ehlingen einreichen. — In der Sprengstoffabrik Reinsdorf bei Wittenberg haben die streikenden Metallarbeiter die Arbeit wieder aufgenommen.

In Pola, einem österreichischen Kriegshafen am Adriatischen Meere, sind die Straßenbahnangestellten in den Ausstand getreten. — Eine Lohnbewegung der Goldarbeiter in Wien steht bevor, da die Unternehmer alle von den Arbeitern eingereichten Forderungen gemäß den Anweisungen der Unternehmerorganisation abgewiesen haben. — In Oberägypten war ein Streik der Bahnarbeiter ausgebrochen; derselbe wurde aber schnell wieder beendet. — In Saint-Jamier (Schweiz) streikten die Uhrmacher. Die Unternehmerorganisation weigert sich, nur organisierte Arbeiter einzustellen und beabsichtigt, alle Arbeiter zu entlassen, die durch Drohungen oder Täuschlichkeiten versucht, nichtorganisierte Arbeiter oder Angestellte zum Eintritt in die Organisation zu zwingen. Außerdem wird mit einer allgemeinen Aussperrung zum 5. November gedroht. Es ist sehr wahrscheinlich, daß diese Bewegung einen allgemeinen Kampf im Schweizer Uhrengewerbe zur Folge hat.

**Gewerbliche Beschäftigung von schulpflichtigen Kindern.** Der preussische Unterrichtsminister hat im Einvernehmen mit dem Handelsminister genehmigt, daß die Feststellung der Beschäftigung schulpflichtiger Kinder in gewerblichen Betrieben unter Mitwirkung der Lehrer und Lehrerinnen erfolgt. Zu diesem Zweck ist bestimmt worden, daß die Erhebungen unter Benutzung von Klassenverzeichnissen der mit Arbeitskarten ausgestatteten Kinder auf die sämtlichen gewerblich beschäftigten fremden und eigenen Kinder ausgedehnt werden. Die Lehrer sollen aber hierbei keinerlei eingehendere Erhebungen veranstalten. Die Listen haben nur Angaben zu enthalten über Namen, Eltern, Arbeitgeber der Kinder und Art der Beschäftigung. Die Listen sind alljährlich zweimal von den Lehrern an den Kreisinspektoren einzureichen und von diesem dem zuständigen Gewerbeinspektor zu übersenden.

Daß man die Lehrer zur Kontrolle der gewerblichen Kinderarbeit mit heranzieht, ist sicherlich zweckmäßig und durchaus anzuerkennen. Wann aber werden wir so weit sein, daß man auch die Beschäftigung schulpflichtiger Kinder in der Landwirtschaft einer Kontrolle unterstellt? Wittert nicht es wahrlich!

**Eine vernichtende Kritik an den Gelben und ihrer Magdeburger Tagung** übt der „Verl. Vörl.-Cour.“ in folgenden Sätzen:

„Welch Geistes Kind diese Konferenz war, geht nicht nur aus der Resolution hervor, in der ein größerer Schutz der Arbeitswilligen durch Verbot des Streikpostens stehen gefordert wurde — sondern auch aus dem Kampfruf, es gelte nicht nur die Sozialdemokratie und deren Gewerkschaften, sondern auch die christlichen Gewerkschaften und die Sitsch-Dunderschen Gewerkschaften

zu bekämpfen. Mit anderen Worten, man hat es hier nicht mit selbständigen und selbstbewußten Arbeitern zu tun, sondern mit jenen streberhaften Flaumachern, die ihren Arbeitseigenen in Arbeitskampf in den Rücken fallen wollen. Daß sich diese Vereine als „national“ bezeichnen und unter dieser Etiketle ihre Gegerlichkeit gegen die Sitsch-Dunderschen und die christlichen Gewerkschaften nicht erkennen lassen, dient auch zu ihrer Charakteristik. Für die Arbeiterbewegung sind sie bedeutungslos. Nur unsere Reaktionsäre und Schmarotzer werden Freude an ihnen haben.“

Wir dürfen es uns versagen, dieser Charakteristik noch etwas hinzuzufügen. Sie ist vollkommen zutreffend.

Die Zeit der **Steuereinsparungen** ist wieder einmal gekommen. Vielfach haben die Arbeiter im vergangenen Jahre unter kürzerer oder längerer Beschäftigungslosigkeit zu leiden gehabt. Da taucht von neuem die Frage auf, ob bei vorübergehender Arbeitslosigkeit ein Steuerpflichtiger Anspruch auf Ermäßigung der veranlagten Einkommensteuer hat. Denn das geltende preussische Einkommensteuergesetz sieht zwar Steuerermäßigungen bei eintretenden Unglücksfällen vor, zu denen auch Arbeitslosigkeit infolge von Krankheit zu rechnen ist; alle anderen Fälle von Beschäftigungslosigkeit aber werden nicht berücksichtigt. Für diese konnten nur die gesetzlichen Bestimmungen für den Fall des Wegfalls einer Einnahmequelle in Betracht. Nach einer Entscheidung des Obergerichtspräsidenten gilt aber für Arbeiter als Einnahmequelle nicht die Arbeitslosigkeit, sondern die Arbeitskraft. Danach kommt für einen beschäftigungslosen Arbeiter auch nicht die Einnahmequelle in Fortfall, wenn er vorübergehend aus seiner Arbeitskraft keine Einnahme zieht. Ein gesetzlicher Anspruch auf Steuerermäßigung bei Arbeitslosigkeit besteht also nach dieser Entscheidung für den Arbeiter nicht. Trotzdem hat die preussische Finanzverwaltung den Grundsat aufgestellt, daß die Steuer immer zu ermäßigen ist, wenn sich das Arbeitseinkommen durch längere Arbeitslosigkeit vermindert hat. Als Norm hierfür ist eine 36wöchige ununterbrochene Arbeitslosigkeit angenommen, durch die sich das Arbeitseinkommen um ein Fünftel des Jahresbetrages verringert. In solchen Fällen also wird grundsätzlich eine Steuerermäßigung zugestanden.

Veider müssen sich die Arbeiter mit dieser Tatsache abfinden. Dringend wünschenswert allerdings wäre eine Verringerung. Der Arbeiter, der ohnehin nur von der Hand in den Mund lebt, darf nicht zu Steuerleistungen herangezogen werden aus einem Einkommen, das er tatsächlich nicht hat. Wenn aber schon jene harten Bestimmungen gelten, so sollte man wenigstens das „ununterbrochene“ streichen. Wenn ein Arbeiter in einem Jahre zweimal 5 Wochen arbeitslos ist, so ist die Wirkung genau die selbe, als wenn er 10 Wochen hintereinander keine Arbeit hätte. Außerdem ist die Dauer von 10 Wochen überhaupt zu hoch genommen.

Der Streik der **französischen Eisenbahner** hat mit einer Niederlage der Arbeiter geendet. Das muß selbst der „Vormärts“ zugeben, und an dieser Tatsache ändert auch nichts, daß die Lokomotivführer und Heizer der Südbahn versuchen, den Ausstand fortzusetzen, weil sie hoffen, dadurch auch auf den übrigen Bahnhälften den allgemeinen Streik wieder ins Leben zu rufen. Die Streikleitung hat die Arbeiter angewiesen, ihre Tätigkeit wieder aufzunehmen. Die Ursache für die schnelle Beendigung der Bewegung dürfte in der Hauptsache darin zu suchen sein, daß Tausende von Arbeitern freiwillig zur Arbeit zurückgekehrt sind. Das übrige hat das rücksichtslose Vorgehen des Ministerpräsidenten Briand zuwege gebracht. Für die Art, wie solche Bewegungen von der französischen sozialdemokratischen Presse behandelt werden, liefert folgendes Vorwissen einen drastischen Beweis: In der „Humanité“ wird an leitender Stelle die Aufforderung des Streikkomitees zur Wiederaufnahme der Arbeit auf allen Linien für Dienstag, den 18. Oktober, veröffentlicht. Aber in denselben Spalten verkündet Laurès in einem Artikel: „Die Kraft der Bewegung ist in Paris unverändert geblieben, und der Streik dehnt sich über die Provinzen aus. Wer behauptet, der Streik sei zu Ende, übernimmt eine schwere Verantwortung.“

Diese Art der Behandlung erinnert recht lebhaft an deutsche Verhältnisse. Bedauerlicherweise wird der Sieg Briands — so darf man den Ausgang der Bewegung wohl nennen — in recht rücksichtsloser Weise ausgenutzt. Die Gerichte, die mit auffallender Schnelligkeit arbeiten, urteilen sehr hart. Es werden auch bei den Führern der Bewegung vielfach Hausarrestungen vorgenommen, um Beweise zu bekommen, wer die schweren Aus-

schreitungen und Attentate auf den Eisenbahnverkehr verurteilt hat. Wir verurteilen derartige Vorkommnisse unbedingt auf das allerhöchste. Aber sich ein Vergehen zuzuschulden lassen läßt, daß die öffentliche Sicherheit gefährdet oder gar Menschenleben aufs Spiel setzt, kann nicht streng genug bestraft werden. Trotzdem wäre es angebracht, daß gegen Leute, denen derartige Dinge nicht vorgeworfen werden können, etwas mehr Milde geübt würde. Denn es darf doch nicht vergessen werden, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der französischen Eisenbahner tatsächlich überaus ungünstig sind.

Für die **Ueberlegenheit des landwirtschaftlichen Kleinbetriebes** liefert der Reg. Rat Hall in Kolberg im „Archiv für innere Kolonisation“ einen schlagenden Beweis. Er veröffentlicht da nämlich die Resultate, die mit der Besiedelung des Rittgutes Rühow im Kreise Kolberg-Roslin erzielt worden sind und schreibt darüber:

„Von diesem Gute, das zu den fruchtbarsten des Kreises zählt, wurde in den Jahren 1908 und 1909 eine Fläche von 743 Hektar nach Befassung eines kleineren Restgutes unter 64 Rentengütern aufgeteilt, von denen 12 Arbeiter- und Handwerkerstellen bis zu 4 Hektar, 50 mittlere Wirtschaften bis zu 25 Hektar und 2 größere Wirtschaften über 25 Hektar waren. Die Ansiedler, mit einer einzigen Ausnahme, Kolonnen, wurden zu günstigen Bedingungen angeleitet und mit Land und sonstigen Rechten genügend ausgestattet. Die Wirkungen dieser Besiedelung waren nun ganz erstaunlich. Die Einwohnerzahl, die vor der Aufteilung 152 Personen betragen hatte, stieg unmittelbar darauf auf 452, also auf das Dreifache und wird in kurzer Zeit voraussichtlich noch erheblich zunehmen. In ähnlicher Weise stiegen auch die Zahlen des Auhviehs und zwar die Pferde von 60 auf 100, Rindvieh von 230 auf 452 und Schweine von 126 auf 1102 Stück, während das Geflügel um mehr als das Zwanzigfache zunahm. Der Erlös aus dem Viehverkauf stieg um 100 000 bis 105 000 Mk. abgesehen von den beträchtlichen Mehreinnahmen aus dem Verkauf von Milch, Butter und ähnlichen Erzeugnissen. Auch die Getreide- und Kartoffelerträge nahmen dank einer intensiveren Bewirtschaftung fast ausnahmslos erheblich zu und zwar Koggen um 6033 Zentner, Hafer um 2381, Gerste um 1800, Kartoffeln um 26 633 Zentner, nur der Weizen, der vielfach der Kartoffel hatte weichen müssen, hatte eine Abnahme um 3282 Zentner zu verzeichnen. Der Geldwert dieser Mehreträge betrug beim Getreide 53 100, bei den Kartoffeln 93 045 Mk.; etwa ein Viertel davon gelangte bei den eigentlichen Bauernwirtschaften trotz der stärkeren Besiedelung zum Verkauf, was um so bemerkenswerter ist, als Rühow, wenn auch teilweise etwas extensiv bewirtschaftet, doch ein gut geleiteter Gutsbetrieb war und hohe Erträge brachte.“

Das ist nur ein Beispiel für viele. Es deckt sich vollständig mit den Ergebnissen, die der Deutsche Bauernbund kürzlich veröffentlicht hat und von denen auch wir in unserer Nr. 58 Mitteilung gemacht haben. Die angeführten Ziffern sind überaus lehrreich. Sie zeigen, wieviel rationeller der landwirtschaftliche Kleinbetrieb ist als der Großbetrieb. Die landwirtschaftliche Produktion könnte ungleich viel größer sein, wenn mehr Gewicht auf eine großzügige innere Kolonisation gelegt würde, anstatt daß man den Großgrundbesitz durch Vermehrung der Fideikommiss-Güter noch verstärkt. Das Deutsche Reich würde dadurch bezüglich der Volksernährung auch viel unabhängiger werden. Aber da liegt ja gerade der Haken im Pfeffer. Die Agrarier wollen das nicht, um das Volk nach wie vor gehörig schröpfen zu können, und deshalb ist bei dem Einfluß jener Kreise leider nicht zu erwarten, daß in absehbarer Zeit das oben angeführte lehrreiche Beispiel auch die erwünschte Wirkung zeitigt.

Wie in **Rußland** Anstände beigelegt werden, konnte man kürzlich in Warschau beobachten. Dasselbst waren die Angestellten der Straßenbahnen mit ihren Arbeitsverhältnissen unzufrieden und richteten ein gemeinames Gesuch an die Verwaltung um Abstellung der Mißstände. Als das Gesuch kurzerhand zurückgewiesen wurde, beschloß man den Ausstand. Nur 20 Wagen, die von nicht streikenden Kontrollleuten bedient wurden, konnten unter militärischem Schutze verkehren. Unter diesen Umständen erklärte sich die Verwaltung bereit, mit den Streikenden in Verhandlungen einzutreten. Da aber mißte sich plötzlich die Polizei hinein und ließ alle Streikenden, ohne daß dieselben sich irgend eine Gewaltmaßregel hätten zuschulden kommen lassen, verhaften und ins Gefängnis werfen. Ein Teil von ihnen wurde dann am anderen Tage einfach zum Dienst geführt und mußte unter Ueberwachung von bedaffneten Soldaten die Wagen bedienen. Nach Ablauf der Dienststunden wurden dann diese unfreiwilligen Arbeitswilligen unter Bewachung nach dem Gefängnis zurückgebracht und andere an ihrer Stelle gezwungen, den Dienst zu

bersehen. Das Publikum war über dieses Vorgehen der Polizei empört, daß es die Straßenbahn konfiskierte, so daß schließlich selbst die Polizei einfiel, welche Dummheit sie begangen hatte. Um nun aus der peinlichen Lage herauszukommen, wurde den Streikenden mitgeteilt, daß sie unter folgenden Bedingungen freigelassen werden könnten: Sie sollten an die Polizeibehörde eine Bittschrift um ihre Freilassung richten und darin versprechen, daß sie den Dienst wieder aufnehmen wollen. Wenn sie dann drei Tage lang wieder im Dienste seien, sollten sie ein mit ihrem Namen unterschriebenes Gesuch mit ihren Wünschen an die Verwaltung richten. Die Polizei ihrerseits würde dann die Bürgschaft dafür übernehmen, daß keiner der Unterzeichneten irgend wie behelligt werde. Auf die beiden letzten Bedingungen gingen die Verhafteten ein. Um ihre Freilassung zu bitten, aber lebten sie ab, weil sie die Polizei ja auch nicht um ihre Verhaftung erlucht hätten. Diese mußte deshalb nachgeben, und nachdem sie so völlig ausgehakt war, gelang es mit Rechtigkeit, die Differenzen zu beseitigen und den Ausstand beizulegen.

**Submissionswesen und Arbeiterschutz in Italien.** Um manchen Mißständen entgegenzutreten, die sich im Submissionswesen gezeigt haben, hat der Arbeitsminister in Italien eine Verordnung erlassen, die in ziemlich weitgehender Weise das Submissionswesen regelt und die Arbeiter vor Uebervorteilungen und Mißständen besonders hinsichtlich des Trucksystems und einer überlangen Arbeitszeit schützen soll. Unternehmer, die die aufgestellten Bestimmungen nicht anerkennen, sind von Arbeiten bei staatlichen Behörden ausgeschlossen. Unternehmer, die zwar die Bestimmungen anerkennen, aber nicht befolgen, werden zunächst auf drei Jahre von der Lieferung ausgeschlossen und können bei wiederholter Nichtbefolgung dauernd von der Lieferung ausgeschlossen werden. Die aufgestellten Bestimmungen lauten im wesentlichen: Bei Arbeiten für Behörden darf die zehnstündige Arbeitszeit nicht überschritten werden. Den Arbeitern ist ein Minimallohn zu bezahlen, der in der Regel durch eine Vereinbarung zwischen Arbeiter- und Arbeitgeberorganisationen festgesetzt wird. Dort, wo keine Vereinbarung möglich ist, wird der Minimallohn durch die Behörde festgesetzt. Die Beschaffung von Nahrungsmitteln und Wohnung durch die Arbeitgeber oder durch irgendwelche Zwischenpersonen des Arbeitgebers wird nur zugelassen, wenn die Arbeitnehmer es selbst beantragen, und auch nur, wenn die Preisliste, die in diesem Falle eingereicht werden muß, von den Behörden genehmigt wird. Bezahlt der Unternehmer in so langen Termimen, oder geht er unter den festgesetzten oder vereinbarten Minimallohn hinab, so

sind die Behörden berechtigt, die Lohnsumme direkt an die Arbeiter abzuführen und dem Unternehmer die entsprechenden Summen einzubehalten. Unternehmer, die die Lohnzahlung in Gasthöfen vornehmen, können in eine Strafe von 100 Lire genommen werden. Alle Strafgebühren, auch die, die nach den Arbeitsordnungen gegen Arbeiter festgesetzt werden können, müssen den Versicherungs-kassen der Arbeiter überwiesen werden. Diese Verordnung muß in allen Betrieben, in denen für staatliche Betriebe gearbeitet wird, an einer allgemein zugänglichen Stelle angeschlagen werden.

Zum Andenken Fris Reuters stellt aus Anlaß des hundertsten Geburtstages des Dichters die Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung (Berlin NW, Rübendstr. 6) für 500 Volksbibliotheken eine dreibändige Ausgabe der „Stromtid“ und für 1000 Schulen „Die Franzosentid“ unentgeltlich zur Verfügung. Die Verteilung der „Franzosenid“ an Schüler erfolgt in der Weise, daß aus jeder Schule nur 4 Schüler berücksichtigt werden. Das Porto (30 Pfg.) ist den Schulden beizufügen. — Die Gesellschaft hat auch zum 80. Geburtstag der Dichterin Marie von Ebner-Eschenbach an 1000 Volksbibliotheken je 5 kleinere Werke der Dichterin zur Verfügung gestellt. Von dem Anerbieten ist aus allen Teilen des deutschen Sprachgebietes in so starker Weise Gebrauch gemacht worden, daß die Zahl der ursprünglich für die Spende bestimmten Werke noch vermehrt werden mußte.

**Verbands-Teil.**

**Verbandskollegen!**

Unserer Mahnung an die Ortsverbände- und Ortsvereinskassierer, den Betrag für das im August ihnen zugestellte Verbandsstaatsprotokoll nun endlich einzusenden, hat nur ein Teil der Kassierer Folge geleistet. Eine sehr große Anzahl ist noch immer ihrer Pflicht nicht nachgekommen. Wir eruchen deshalb nochmals dringend darum, endlich das Versäumte nachzuholen, damit wir nicht gezwungen werden, die Namen der Säumigen an dieser Stelle zu veröffentlichen.

Berlin, den 22. Oktober 1910.

Der geschäftsführende Ausschuß.

R. Klein, Verbandskassierer.

**Veranstaltungen.**

Berlin. Distrikterklub der Deutschen Gewerksvereine (S.-D.). Verbandsabend der Deutschen Gewerksvereine, Greifswalderstr. 221-23. Mittwoch, 26. Oktober,

Vortrag des Kollegen Jordan: Die Programme der russischen Parteien. Gäste herzlich willkommen. — Gewerksvereins-Liedertafel (S.-D.). Jeden Donnerstag abends 9-11 Uhr, Übungsstunde im Verbandskaufhaus bei Deutschen Gewerksvereine (Grüner Saal). Gäste willk.

**Orts- und Kreisverbände.**

**Cottbus** (Distrikterklub). Sitzung jeden 2. u. 4. Donnerstag im Monat bei Hanstein, Sandstraße 42. — **Duisburg** (Distrikterklub). Jeden 1. und 8. Sonntag im Monat, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Hasenfuß, Friedrich Wilhelmstraße, Distrikterabend. — **Düsseldorf** (Volkswirtschaftsschule). Jeden Montag, abends 9-11 Uhr in Verbandskaufhaus, Rürschentr. 29, Sitzung. — **Eberfeld-Barmen** (Ortsverband). Jeden 1. Donnerstag im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Vertte. e. h. in Roggenkammer, Eberfeld, Luisenstr. und Esholungstr.-Eck. — **Geisenkirchen** (Ortsverband). Jeden ersten Sonntag im Monat: Ortsverband. Vertreterabend, vormittags 10 Uhr im Verkehrslokal C. Simon, Alter Markt. — **Halle a. S.** (Ortsv.). Der Distrikterabend findet jeden Mittwoch im Monat i. Passagier-Rest., Gr. Braubaustr., statt. — **Laaren b. Nachen**. Jeden 3. Sonntag im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Ortsverband bei Ludwig. — **Hamburg** (Distrikterklub). Jeden Mittwoch abends 8 1/2 Uhr präz., „Gutmanns Hotel, Poststr., Distrikterstunde. — **Herzogen** (Distrikterklub). Jeden Mittwoch 8 1/2 Uhr bei Zander, Oststr. — **Hannover-Linden u. Umgegend** (Ortsverband). Sonntag, 23. d. M., morgens 9 1/2 Uhr, Vertreter-Sitzung in Rönigsworth. Ortsverbandsbeiträge und Fragebogen sind zu schicken. Erheben ist dringend erforderlich. — **Köln** (Distrikterklub). Sitzung jeden Mittwoch, abends 7 1/2 Uhr im Restaurant „Bayer Kolping“, Eiferstraße. — **Leipzig** (Gewerksvereins-Liedertafel). Die Übungsstunden finden jeden Mittwoch abends 9 bis 11 Uhr im Vereinslokal „Stadt Hannover“, Seebadstr. 25, statt. Gäste und stimmbegabte Mitglieder sind herzlich willkommen. — **Mährheim - Naumburg** (Ortsverband). Jeden zweiten Sonntag im Monat, vormittags 10 Uhr, Vertreterabend beim Wirt Joh. Köhler, Sandstraße 88. — **Metz** (Sängerchor der Gewerksvereine). Die Übungsstunden finden jedes Dienstag abends 8 1/2 Uhr im Lokal Rebel, Poststr. 5, statt. Stimmbegabte Kollegen sind herzlich willkommen. — **Regel** (Distrikterklub für Regel, Fortigwalde und Reinickendorf). Sitzung jeden Dienstag Abend von 8 bis 10 Uhr bei Fechner, Berlinerstr. 88. Gäste willkommen. — **Reipenfeld a. S.** (Gesangsabteilung der Gewerksvereine). Übungsstunde jede: Dienstag, abends 8 1/2 bis 11 Uhr im Vereinslokal „Schützenhaus“, Schützenstraße. Gesangsübende Gewerksvereinskollegen stets willkommen. — **Reipenfeld** (Distrikterklub der Gewerksvereine). Jeden Mittwoch 9-11 Uhr Sitzung im Rest. „Schweizerhaus“.

**Briefkasten.**

Nach Berlin, Breslau und Halle. Die in dem Adressenverzeichnis der Arbeiterssekretariate, Rechtsauskunftsbureau und Rechtsauskunftsstellen enthaltenen Mängel und Fehler werden bei der nächsten Veröffentlichung abgeklärt werden. Viele dieser Bemängelungen aber würden von vornherein fortfallen, wenn von jeder eingetretenen Veränderung sofort der Redaktion Mitteilung gemacht würde.

**Anzeigen-Teil.**

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung angenommen.



Die **Misli-Opera** spielt wie eine **Küstenkapelle**, singt u. lacht u. **ambüsiert alle!**  
**Raten-Zahlung** **Kein Preis-aufschlag!**  
retourgeschickt  
an **Jacob**,  
Berlin 805

**Billige böhmische Bettfedern**  
1 Pfund graue gute, geschliff., 1 R.; prima halbweiße 1 R. 30; 1 Pfund weiße flaumige geschliffene 1 R. 70, 1 R. 90; 1 Pfund schnee-weiße, feinste, geschliff. 2 R. 70, 3 R. 40. Versand postfrei gegen Nachnahme, von 10 Pfund an franko. Umtausch gestattet; für Nichtpassendes Geld retour.  
Preisliste gratis.  
S. Benisch, Döschauitz Nr. 1168, (Böhmen).

**Fahnen, Vereinsabzeichen, Schärpen** a. s. schäufen und billigen bei **Th. Borkop, Oppeln 8.**  
**Wetzlar** (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten 75 Pfg. Ortsbeitrag bei dem Kassierer ihres Ortsvereins.  
**Bremen.** Die Auszahlung der Reisegebühren der Ortsvereine und des Ortsverbandes erfolgt von jetzt an auf dem Arbeiterssekretariat Bremen, Dovenortstr. 21, II. Eeg. Eingang Kleine Fuhlensteuffstraße. Telefon Nr. 6468.



**100 Stück gute 6 Pfg.-Zigarren für Mk. 3,—**  
bin ich in der Lage zu liefern, weil ich ganze Lager aus Konsumtassen, Bombardgeschäften u. m. aufkaufe. Ferner liefern ich 100 Stück feine 7 Pfg.-Zigarren für 3.50 Mk., 100 Stück feine 8 Pfg.-Zigarren für 4 Mk., 100 Stück feine 10 Pfg.-Zigarren für 5 Mk., 100 Stück feine 12 Pfg.-Zigarren für 6 Mk.  
Ein Betrag über zu besonderer Gunst. — 500 sende franko. — Nichtkonsumierendes nehmen unentgeltlich zurück.  
Verband nicht unter 100 Stk. — 18 Weiser, Verbandskaufhaus, Berlin C., Neue Schönhauser Straße 16. — Begründet 1898.

**Heckermünde und Umgegend** (Ortsverb.). Durchreisende Verbandskollegen erhalten Reiseunterstützung. Karten hierzu in **Heckermünde**, b. Kollegen **Heidmann**, Pleggartenerstr. Nr. 19b; in **Lorange** beim Kollegen **Ditto Blohm**, Karlsruherstr. 16.  
**Lübeck** (Ortsverband). Alle durch- und zureisenden Kollegen erhalten 75 Pfg. Sozialunterstützung bei den Ortsvereinskassierern, für die fehlenden Beträge beim Ortsverbandskassierer. Dasselbe werden auch Karten für die Herberge verabfolgt. Verkehrslokal b. **S. Gurke**, Stavenstraße.  
**Waldenburg i. Schl.** (Ortsverband). Die Herberge für durchreisende Kollegen befindet sich im **Schwärzen Adler**; die Karten werden von Kollegen **Ger mann** u. **Baumann**, Freiburgerstraße 29, ausgegeben.

**Freiburg i. Schl.** (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten 75 Pfg. durch den Ortsverbandskassierer **August Eitzenfelder**, Langebrücke 61, gezahlt.  
**Erfurt.** An durchreisende Kollegen wird eine Unterstützung von 0,75 Mk. durch den Ortsverbandskassierer **August Eitzenfelder**, Langebrücke 61, gezahlt.  
**Halle a. S.** (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten beim **Wanderkassierer**, Kollegen **Zaube**, Leipzigstr. 1 Markt in Bar oder Abendrot, Nachquartier und Kasse in der **Verbandsherberge** (Baderinnungshaus) am **Hospitalplatz**.  
**Kreisfeld** (Ortsverb.). Durchreisende erhalten 50 Pfg. bei **August Reimer**, Eberichstraße 86.

**Chemnitz** (Ortsverband). Das Geschenk für Durchreisende wird bei den Ortsvereinskassierern, bei nicht vorhandenen Berufen nur beim Ortsverbandskassierer, **Koll. Reibe**, Bergstr. 54, abends 7-8 Uhr ausgezahlt. — Der Arbeitsnachweis wird von **Koll. D. S. mal** **Flach**, Genesfelderstr. 82, verwalte. Sprechtzeit wochentäglich von 7-8 Uhr abends, am Sonntag von 10-12 Uhr vormittags.  
**Wittenfeld** (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten ein Verbandsbeitrag von 75 Pfg. bei den Ortsvereinskassierern ihres Berufs; sind Beträge nicht am Orte vertreten, beim Ortsverbandskassierer **S. König**, Ackerstraße 1.  
**Bayreuth** (Ortsverb.). Durchreisende Mitglieder erhalten eine Unterstützung von 75 Pfg. ausgezahlt beim Ortsverbandskassierer **S. Koll.**, Ring Nr. 14.